

Rede
der Bürgermeisterin der Stadt Oelde
Karin Rodeheger

anlässlich der Einbringung
des Haushaltsplan-Entwurfes 2023

in der Sitzung des Rates der Stadt Oelde
am 24. Oktober 2022

Oelde – gestärkt in die Zukunft

Stadtentwicklung mit klaren Zielen, erst recht in schwierigen Zeiten

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,
verehrte Pressevertreter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

aufgrund der zahlreichen gegenwärtigen Herausforderungen, die unser aller Leben auf unabsehbare Zeit auf den Kopf gestellt haben – zunächst die Pandemie und im Besonderen der russische Überfall auf die Ukraine – ist es schon ein anspruchsvolles Unterfangen, eine Rede zu halten, die der Zukunft gewidmet ist.

In meiner ersten Haushaltsrede als Bürgermeisterin dieser Stadt, anlässlich der Einbringung des Etatentwurfes 2021, habe ich abschließend festgestellt, dass der Rat mit dem damaligen Haushaltsplan wichtige Akzente für die Zukunft unserer Heimatstadt gesetzt hat und dass dieses gerade auch in finanziell schwierigen Zeiten gilt. Ich habe seinerzeit appelliert, mit Optimismus und Mut in die Zukunft zu schauen und beherzt zu handeln – es wird sich auszahlen!

Und das haben Sie in der Folgezeit getan – beraten, Beschlüsse gefasst und Dinge vorangetrieben, allen Widrigkeiten und Unsicherheiten zum Trotz.

Eines dieser Projekte war die Schaffung einer Freizeitanlage, insbesondere auch für Jugendliche, in unserer Stadt. Viel ist seitdem passiert und ich bin zuversichtlich, dass wir die entstehende Pumptrack-Anlage noch in diesem Jahr gemeinsam einweihen können und damit ein weiteres attraktives Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger geschaffen haben, das sich wirklich sehen lassen kann.

Solche Projekte sind aus Haushaltsplänen ablesbar.

Was solche Zahlenwerke jedoch nicht widerzuspiegeln vermögen, sind die Aufgaben, die enorm viel Kapazitäten binden und im Idealfall kaum wahrnehmbar sind für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Dennoch erfordern diese Arbeiten enorme Ressourcen, die dann eben nicht für andere Projekte zur Verfügung stehen.

2022 entwickelte sich leider zu einem Jahr der Krisen. Doch trotz aller politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Verunsicherungen gilt es jetzt umso mehr, zuversichtlich nach vorne zu schauen und die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Gerade jetzt ist es angezeigt, den eingeschlagenen Kurs beizubehalten und die Stadtentwicklung aktiv anzugehen – die Zeichen dafür stehen bei uns in Oelde mehr als gut. Wir alle kennen die Themen, die uns seit mehr als 2 ½ Jahren in Atem halten: Die Corona-Pandemie ist noch immer nicht überwunden. Zum Jahresanfang 2022 erlebten wir einen Höchststand der Infektionszahlen und leider steigen die Inzidenzen wieder deutlich an. Zum Glück führen die derzeit dominierenden Virusmutationen aber überwiegend zu milden Krankheitsverläufen. Wir müssen also wohl lernen, dauerhaft mit Corona zu leben und in unsere tägliche Lebensführung zu integrieren.

Bei aller gebotenen Vorsicht hoffe ich, dass sich die gravierenden Einschränkungen der Lebensgestaltung nicht wiederholen. Ich wünsche uns allen, dass der nun bereitstehende angepasste Impfstoff von vielen für Auffrischungsimpfungen genutzt wird, damit die düsteren Prognosen, mit denen uns manche Virologen für den kommenden Winter konfrontieren, hoffentlich nicht eintreten werden.

Eine weitere überaus fordernde Aufgabe ist die Aufnahme zahlreicher Schutzsuchender aus der Ukraine.

Mit Putins Überfall auf die Ukraine, heute vor genau acht Monaten, begann mitten in Europa ein Krieg, der neben der unsagbaren Gewalt gegenüber unschuldigen Menschen auch ungeahnte Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und unser tägliches Leben mit sich brachte. Wir alle stehen in der Verantwortung, den Flüchtenden Hilfe und Schutz zuteilwerden zu lassen. Alleine die Bundesrepublik Deutschland hat bereits über 1,1 Millionen Schutzsuchende aus den Kriegsgebieten aufgenommen, davon über 193.000 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter.

Derzeit sind rund 530 Flüchtlinge und Asylsuchende in Oelde untergebracht, davon 330 Schutzsuchende aus der Ukraine. Es ist aufgrund der weiter andauernden Kriegsführung zu erwarten, dass bis zum Jahresende weitere 100 Personen untergebracht werden müssen.

Die größte Herausforderung vor Ort ist dabei, neben der sprachlichen, schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration, die Versorgung mit angemessenem Wohnraum.

Dieses Thema drängt bereits seit der letzten Flüchtlingswelle in den Jahren 2015 und 2016 und verschärft sich jetzt, auch aufgrund der generellen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, zunehmend.

Hier möchte ich ansetzen und schlage Ihnen deshalb mit Vorlage des Stellenplans für 2023 die Ausweisung einer ½ Stelle vor, deren Aufgabe es sein soll, konzeptionell an diesem Thema zu arbeiten und die entsprechenden Vernetzungen vorzunehmen. Die Koordinierung der Schaffung und Bereitstellung neuer, bezahlbarer Wohnungen im sozialen Wohnungsbau wird eine der drängendsten Zukunftsaufgaben sein.

Die Voraussetzungen, eine erfolgreiche Strategie für unsere Stadt zu entwickeln, liegen vor. Es bedarf aber des Engagements der Stadt, die entsprechenden Akteure vor Ort zusammenzubringen und ein gesamtstädtisches Konzept zu entwickeln.

Wichtige Akteure vor Ort sind dabei auch Privateigentümerinnen und -eigentümer, Investoren und der Bauverein. Die Stadt kann hierbei gestaltend tätig werden, in dem sie bspw. auch in den künftigen Neubaugebieten für eine angemessene Durchmischung von freifinanziertem und sozialem Wohnraum Sorge trägt.

Auch in der heutigen Sitzung werden wir uns im nichtöffentlichen Teil mit der Wohnraumversorgung beschäftigen, dieses Thema noch ganzheitlicher anzugehen ist aber das erklärte Ziel.

Hier nochmals mein ausdrücklicher Dank an die Oelder Bürgerinnen und Bürger, die über Monate hinweg privaten Wohnraum zur Verfügung gestellt haben, sodass wir in

die Lage versetzt wurden, den kurzfristig dringend benötigten Wohnraum zu beschaffen.

Mein Dank gilt an dieser Stelle aber auch insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den hauptsächlich betroffenen Fachdiensten Soziales und Zentrale Gebäudewirtschaft sowie in der Schulverwaltung und im Jugendamt. Im Rathaus arbeitet ein hoch motiviertes Team daran, die aufgenommenen Kriegsflüchtlinge willkommen zu heißen. Das geschieht mit Menschlichkeit und Einfühlungsvermögen – ist aber nach vielen Monaten im „Krisenmodus“ auch mit großem Stress und Druck verbunden, der nicht spurlos an meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorbeigeht. Trotzdem ist zu spüren, dass hier eine große Herausforderung täglich mit neuem Engagement angegangen wird. Auch allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gilt mein großer Dank für ihre Hilfsbereitschaft, ihr Engagement und ihre Unterstützung.

Was dabei sicher auch motivierend hilft, ist das Wissen, dass Sie, verehrte Mitglieder des Rates, die notwendigen Projekte zur Unterbringung von Flüchtlingen mit breiter Mehrheit mitgetragen und die benötigten Ressourcen bereitgestellt haben.

Leider beschränken sich die Folgen des Krieges nicht nur auf die dargestellten Flüchtlingsströme. Vielmehr sieht sich vor allem Europa infolge der bestehenden Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen mit einer bisher nicht gekannten Situation konfrontiert, die nicht nur die gesamte Weltwirtschaft durcheinanderwirbelt und unsere Preisentwicklung in ungeahnte Inflationshöhen getrieben hat, sondern auch den Wohlstand gefährdet und uns erstmals in unserer Nachkriegsgeschichte mit der Frage konfrontiert, ob und inwieweit wir es im bevorstehenden Winter ausreichend warm in unseren Wohnungen haben werden.

Der eingerichtete SAE Energie bei der Stadt Oelde beschäftigt sich derzeit mit Szenarien, auf die uns vorbereiten müssen, die aber hoffentlich niemals eintreten werden. Auch hier werden viele Ressourcen gebunden, die derzeit eben nicht für andere Aufgaben zur Verfügung stehen.

Und diese Aufgabe ist fachbereichsübergreifend und bindet an vielen Stellen im Hause entsprechende Ressourcen. Von der Feuerwehr über die Fachdienste Zentrale

Gebäudewirtschaft, Ordnungswesen, Organisation bis hin zur Presseabteilung sind täglich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit beschäftigt, sich bestmöglich auf potentielle Notfallsituationen vorzubereiten.

Krisenmanagement ist also ununterbrochen unser Thema und eine Krise folgt der nächsten.

All diese Arbeiten dringen wenig nach außen und laufen parallel zum üblichen Arbeitsalltag und der Abwicklung der geplanten Projekte ab.

Ständig müssen wir uns schnell und flexibel den Veränderungen anpassen und auf gänzlich neue Situationen einstellen.

Aber genau da setzt unser aller Verantwortung an und ich finde, wir haben sie bisher wirklich sehr gut gemeinsam wahrgenommen. Die Bevölkerung zu sensibilisieren, sie aber keineswegs zu verunsichern, ist gemeinsame Aufgabe von Rat und Verwaltung.

Diese Krise hat insbesondere auch die kommunalen Haushalte stark beeinträchtigt, doch hat sich gezeigt, wie wichtig gerade diese Ebene für die Bewältigung der aktuellen Krisen ist.

Das wichtigste Gut sind dabei die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch selbst durch die rasanten Veränderungen verunsichert sind und auch individuell mit deren Folgen zu kämpfen haben.

Bei der Akquise von Fachkräften steht auch die Stadt Oelde im Wettbewerb zu anderen Kommunen und der Privatwirtschaft. Diese gewinnen wir nur, wenn wir als Arbeitgeber attraktiv sind, uns positiv von anderen Kommunen absetzen und darüber hinaus attraktive Rahmenbedingungen bieten können – insbesondere auch für Ingenieurinnen und Ingenieure, Architektinnen und Architekten, die in der freien Wirtschaft beste Arbeitsbedingungen vorfinden.

Da die Vergütungsmöglichkeiten oftmals durch die Einwohnergröße begrenzt sind, ist es umso wichtiger, in anderen Bereichen punkten zu können. Eine moderne Arbeits-

platzausstattung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeiten, ein gutes Betriebsklima und vieles mehr gehören dazu. Aber auch interessante Tätigkeiten und spannende Herausforderungen können dazu beitragen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu binden.

Den Bezug zum Neubau der Multifunktionshalle, aber auch zu den geplanten Büroarbeitsplätzen im Rahmen der Erweiterung des Betriebshofes stelle ich hierbei ganz bewusst her. Diese Themen werden wir gesondert zu beraten haben.

All die zuvor aufgezeigten Entwicklungen haben natürlich auch Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Die Stadt Oelde – wie auch alle von ihr gehaltenen wirtschaftlichen Beteiligungen – werden 2023 voraussichtlich weiterhin durch inflationäre Preisanstiege in allen Sektoren belastet.

Die Preissteigerungsraten bei Baumaterialien, technischen Ersatzteilen und Energie, die Lieferengpässe verursacht durch die Sanktionen gegen Russland oder die pandemiebedingten Lieferverzögerungen bei vielen Rohstoffen, Verbrauchsgütern, Maschinen und technischen Komponenten bringen viele Unwägbarkeiten in der Planung mit sich. Die Wirtschaft, auch hier vor Ort, sieht sich in der Folge gewaltigen Herausforderungen und Unsicherheiten gegenüber.

Damit einher gehen zwangsläufig zusätzliche Haushaltsrisiken für 2023 und die Folgejahre, deren Umfang jedoch nicht genau kalkulierbar ist. Bei der Haushaltsplanaufstellung 2023 haben die aktuell bekannten Erkenntnisse und Prognosen Einfluss gefunden.

Vielfach war eine Neuveranschlagung oder Nachkalkulation der bisher im Rahmen der Finanzplanung veranschlagten Haushaltsansätze erforderlich. Gerade im Baubereich mussten erkennbare Kostensprünge berücksichtigt werden.

Zusätzliche, bisher dem Rat nicht bekannte Bauprojekte werden Sie dagegen im heute vorgelegten Haushaltsplanentwurf nicht finden. Es gilt die bekannten, überwiegend bereits beschlossenen Projekte nun trotz der sich ständig verändernden finanziellen Herausforderungen erfolgreich zu vollenden.

Eine ganz zentrale Botschaft ist aber auch: Die Steuern bleiben erneut konstant, Erhöhungen sind nicht angezeigt.

Noch bedeutsamer für die künftige Entwicklung der heimischen Wirtschaft und damit für die kommunale Haushaltsentwicklung erscheint aber die drohende Energiemangel-lage und die damit einhergehenden Risiken für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit bei Gas und Strom im kommenden Winter.

Um die Versorgungssicherheit im bevorstehenden Winter zu gewährleisten, sind wir alle aufgefordert, den Gas- und Stromverbrauch auf ein notwendiges Maß zu reduzieren. Das gilt auch für alle öffentlichen Gebäude der Stadt Oelde. Ich bitte daher um Verständnis bei allen Nutzerinnen und Nutzern städtischer Einrichtungen, insbesondere auch den Vereinen, weil die unausweichlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Verbräuche immer auch Einschränkungen und damit Unannehmlichkeiten mit sich bringen. Es wird auch in öffentlichen Räumen dunkler, es wird kälter werden, als wir alle es bisher gewohnt waren. Aber: Nirgendwo werden wir die Lichter ganz ausgehen lassen.

Da die Großhandelspreise infolge der Lieferreduzierungen und politischer Unsicherheiten weiterhin nahezu täglich auf neue Höchstwerte steigen, müssen sich Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und private Verbraucherinnen und Verbraucher selbst bei rückläufigen Verbrauchsmengen trotz aller staatlichen Regulierungsversuche dennoch weiterhin auf stark steigende Gaspreise einstellen. Mittelbar steigt parallel auch der Strompreis aufgrund diverser, leider intransparenter und von den Kommunen nicht zu beeinflussender Preiskopplungsmechanismen um ein Mehrfaches an. Mehrwertsteuersenkungen beim Gas oder der Verzicht auf die ursprünglich vorgesehene „neue“ Gasumlage können diesen Kostenanstieg nicht kompensieren. Die Gaspreisdeckelung lässt immer noch in ihrer konkreten Ausgestaltung auf sich warten. Hier gibt es zwar politische Ankündigungen und Expertenvorschläge, aber bisher leider wenig Konkretes. Das schafft Verunsicherungen bei Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft. Folge sind erhebliche Haushaltsrisiken für alle Kunden, auch kommunale Kunden, soweit die notwendigen Beschaffungsmengen nicht schon vertraglich voreingedeckt sind oder sobald bestehende vertragliche Preisbindungen zeitlich auslaufen. Die Folgen müssen die

Städte und Gemeinden direkt, aber auch mittelbar über die Gewährung höherer Sozialleistungen an Hilfsbedürftige und Mietnebenkostenübernahmen finanziell stemmen. Der Staat – und damit auch die Kommunen – werden aber nicht alle sich für die Bürgerinnen und Bürger ergebenden Belastungen abfangen können.

Die aktuelle Entwicklung ist hier leider so schnelllebig, dass gerade im laufenden Haushaltsberatungsverfahren noch an der ein oder anderen Stelle Anpassungen über die bekannten Änderungslisten erforderlich sein werden. So beinhaltet unser Planentwurf bei den Gasbeschaffungskosten noch rund 300 T€ Mehrkosten aufgrund der zunächst vorgesehen Einführung einer Gasumlage oder 150 T€ zusätzliche Mittel bei der Straßenbeleuchtung, ebenso spürbare Erhöhungen bei der Beschaffung von Heizöl, Fahrzeugdiesel und Holzpellets. Auch wenn die Politik kurz vor Oktober dann doch die Gasumlage gekippt hat und die Mehrwertsteuer auf Gas auf 7 % senkte, ergeben sich für 2023 weiterhin erwartete Energiekostenmehrbelastungen, auch für die Stadt Oelde.

Auch den Kreishaushalt, den die Städte und Gemeinden ja über die Kreisumlage mitfinanzieren, belasten die Energiekostensteigerungen nicht nur bei der Bewirtschaftung kreiseigener Gebäude, sondern durch die steigenden Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizkostenübernahmen im Jobcenter im Umfang von mehreren Millionen indirekt auch den städtischen Etat. Die derzeit nicht kalkulierbare künftige Preisentwicklung bestimmt die Haushaltsentwicklung maßgebend mit. Zusätzliche direkte finanzielle Unterstützungen von Bund und Land haben die Kommunen hier kaum zu erwarten – lediglich buchhalterisch werden die Kommunen gehalten sein, die Mehrbelastungskosten aus der Ukraine Flüchtlingswelle und der indirekt damit zusammenhängenden Energiekostensteigerung im Haushalt gesondert auszuweisen. Diese haushaltsrechtliche Kreativität, die das Land den Kommunen erstmals bereits 2020 für die Erfassung der Kosten der Corona-Pandemie auferlegt hat, soll 2023 auch auf die Erfassung der Belastungen der Energiekrise und der Ukraine Flüchtlingswelle übertragen werden. Das kann ich als Bürgermeisterin nicht gutheißen: Denn alle finanziellen Belastungen sind kassentechnisch von den Städten und Gemeinden schon jetzt zu stemmen. Da hilft es nicht, trotz steigenden Defiziten in der Kasse, buchhalterisch diese Belastungen auszusondern und so zu tun, als seien sie erst ab 2027 haushaltsrelevant. Hierdurch werden Haushaltsbelastungen auf

künftige Generationen verlagert. Bisher ist diese Kostenaussonderung im vorgelegten Haushaltsentwurf noch nicht erfasst, weil der neue Gesetzentwurf dazu erst nach Erstellung des Haushaltsentwurfes erschien. Die geplanten gesetzgeberischen Vorgaben zur Behandlung der Lasten aus Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und Energiekostenanstieg werden aber zwingend sein, so dass die Kommunen kein Wahlrecht haben werden, auf eine Aussonderung zu verzichten. Wir wollen damit aber transparent umgehen und die sich ergebenden Haushaltsbelastungen nicht über Jahre und Jahrzehnte zu Lasten künftiger Generationen kreditieren, sondern sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt, den der Gesetzgeber erlauben wird, aus Rücklagenentnahmen decken.

Derzeit sichten wir den Gesetzentwurf, der schon vor der Beschlussfassung im Landtag bereits mehrfach überarbeitet wurde, und werden die entsprechenden Positionen über die Änderungslisten in den Haushalt einbringen. Auswirkungen auf den Gesamthaushaltsumfang haben diese Buchungen später jedoch nicht, es wird nur unterschieden werden zwischen planmäßig ordentlichen Aufwendungen, den krisenbedingten außerordentlichen Aufwendungen und in welchen Jahren welche dieser Belastungen zu decken sein werden.

Energie ist aber zudem mehr als ein Kostenfaktor im kommenden Haushalt. Die Stadt sieht sich beim sparsamen Verbrauch mit den Ressourcen auch in einer Vorbildfunktion. Aus diesem Grund arbeitet der Krisenstab „Energienangellage“ intensiv daran, sich auf die Auswirkungen eines möglichen Gas- und Stromnotstands vorzubereiten, indem jetzt schon bestehende Strom- und Gaseinsparpotentiale herausgearbeitet, bewertet und ggf. umgesetzt werden. Der Blick bzgl. möglicher Einsparungen richtet sich sowohl auf den Bereich der Verwaltung als auch auf alle im „Konzern Stadt Oelde“ verbundenen kommunalen Unternehmen und wirtschaftlichen Beteiligungen. Eingeschlossen sind somit insbesondere die Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH – WBO GmbH, welche Parkbad und Hallenbad betreibt, sowie die Betriebsleitung von Forum Oelde.

Mein Appell an die Bürgerinnen und Bürger: Lassen Sie sich nicht entmutigen, bewahren Sie Zuversicht und Optimismus. Wir können den bevorstehenden Herausforderungen begegnen, weil wir vorbereitet sind. Lassen Sie uns geschlossen,

selbstbewusst und mit gesellschaftlicher Solidarität den Provokationen des russischen Diktators entgetreten. Oelde hält zusammen, Deutschland und Europa halten zusammen – niemand lässt sich erpressen, um über Kriegsunrecht hinwegzusehen.

Stadtentwicklung aktiv vorantreiben und investieren

Stadtentwicklung ist ein langfristig verlaufender Prozess. Was heute geplant und umgesetzt wird, bestimmt das Zusammenleben in unserer Stadt über die kommenden Jahrzehnte hinweg. Trotz der genannten aktuellen Krisen und Belastungen gilt es daher, die Stadtentwicklung konsequent aktiv voranzutreiben. Wir geben daher die beschlossenen Meilenstein-Projekte für die Stadtentwicklung wie

- die Ausweisung neuer Baugebiete,
- die Neugestaltung des Kreuzungsbereichs „Paulsburg/Herrenstraße/Ennigerloher Straße“ zu einem künftigen Kreisverkehr,
- die Projekte des Masterplans Innenstadt mit der Entwicklung des Overberg-Areals,
- die Erweiterung und Sanierung der Stadtbücherei,
- die Überplanung der Geiststraße,
- zahlreiche Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität unserer Innenstadt,
- die multifunktionale Dreifachsporthalle oder
- die Erneuerung des Umkleidegebäudes am Jahnstadion

nicht auf. Auch schlagen wir nicht vor, diese Projekte langfristig aufzuschieben oder zurückzustellen.

Nein, wir halten daran fest, setzen die Realisierung zielgerichtet um, um in einigen Jahren, wenn die Krise überwunden ist, gestärkt eine attraktive, lebenswerte Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger zu sein.

Blick auf die gegenwärtige Lage

Bevor ich zu den konkreten Haushaltszahlen des Planungszeitraumes 2023 bis 2026 komme, möchte ich noch ein paar Worte zu der gegenwärtigen Haushaltsentwicklung

ausführen, weil diese die Ausgangslage für die kommenden Haushaltsjahre bildet. Details hierzu finden Sie im aktuellen 2. Finanzstatusbericht für das laufende Jahr.

Einer der wesentlichen Gradmesser für solide städtische Finanzpolitik ist bekanntlich der Stand und die Entwicklung der Ausgleichsrücklage. Und diese ist dank der Überschüsse aus zurückliegenden Haushaltsjahren aktuell bereits gut gefüllt. Der Jahresüberschuss 2021 lässt die Ausgleichsrücklage auf 19,1 Mio.€ anwachsen.

Und der aktuelle Finanzstatusbericht lässt selbst für 2022 nochmals auf einen leicht positiven Jahresabschluss hoffen, so dass dann weitere 1,3 Mio. € der Ausgleichsrücklage zufließen sollen. Insgesamt stehen somit zum Jahresende voraussichtlich rund 20,4 Mio. € für künftige Haushaltsjahre in der Ausgleichsrücklage zur Verfügung, um darauf in den kommenden turbulenten Zeiten zurückgreifen zu können.

Ein Polster, das auf den ersten Blick beachtlich erscheinen mag, aber in Relation zum Finanzbedarf der kommenden Jahre uns dennoch nicht von der Verpflichtung zur Sparsamkeit entbindet. Denn trotz ihrer genannten Höhe wird die Ausgleichsrücklage nicht ausreichen, um ab 2023 fortlaufend einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Daher sind Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit auch weiterhin oberstes Gebot.

Nun aber zu den Zahlen des Entwurfes für das Haushaltsjahr 2023

Dieser Haushalt ist erneut eine Investition in die Zukunft und stellt die richtigen Weichen.

I. Gesamtübersicht – Ergebnisplan und Finanzplan

Verehrte Mitglieder des Rates,

ich lege Ihnen heute einen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vor, der aufgrund der vorgenannten externen Krisenauswirkungen, insbesondere der hohen Inflationsrate, im Aufwand gegenüber dem laufenden Jahr um 7,1 Mio. € auf 102,5 Mio. € ansteigen wird.

Ergebnisplan

Leider steigen die Aufwendungen so stark, dass trotz weiterhin guter Steuererträge der Haushalt in der Planung erneut deutlich defizitär sein wird. Die Einnahmeerwartung im kommenden Jahr umfasst Erträge von 94,1 Mio. €. Der Entwurf weist folglich für das kommende Jahr eine Unterdeckung von 8,44 Mio. € aus.

Die Inanspruchnahme der Rücklagen erlaubt es uns jedoch, diese Mehrbedarfe über den Finanzplanungszeitraum hinweg decken zu können. Steuererhöhungen sind daher nicht angezeigt. Ich halte dies trotz des ausgewiesenen hohen Defizits im Planentwurf für absolut vertretbar, weil ich mir sicher bin, dass es durch die gerade erfolgten oder in Kürze bevorstehenden Neuansiedlungen von namhaften Betrieben in unseren Gewerbegebieten A2 und AUREA sowie in Stromberg gelingen wird, bereits in wenigen Jahren die Gewerbesteuererträge auch bei unveränderten Hebesätzen spürbar weiter zu erhöhen.

Wie dargestellt wird jedoch zunächst ein deutlicher Griff in die Rücklagen erforderlich sein, wobei die Ausgleichsrücklage nach derzeitigem Planungsstand bis zum Finanzplanungsjahr 2025 reichen wird. Ab 2025 muss darüber hinaus die Allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden.

Vorsicht und Zurückhaltung ist aus Sicht des Kämmerers daher zumindest in den kommenden Jahren angesichts der aktuell wirtschaftlich unsicheren Zeiten wieder mehr als bisher angesagt.

Aber auch bei diesem Planentwurf handelt es sich um Prognosen und die vergangenen Jahre haben bewiesen, dass umsichtiges Handeln auch positivere Abschlüsse zur Folge haben kann als die Planungen dieses zunächst vermuten ließen. Auch für das kommende Jahr muss das erklärte Ziel sein.

Im Bereich der Gebühren werden sich Preissteigerungen allerdings niederschlagen müssen, da das Gebührenrecht die verursachungsgerechte und kostendeckende Kalkulation zwingend vorschreibt. Bei den Abfallbeseitigungsgebühren wird es erkennbar einen Anstieg geben, die Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises

Warendorf – AWG, die in Oelde für die Abfallentsorgung verantwortlich ist, hat diese Kostensteigerungen bereits kommuniziert.

Ein wenig Entlastung beschert den Gebührenzahlerinnen und -zahlern allerdings perspektivisch ein aktuelles Urteil des Oberverwaltungsgerichtes, welches NRW-weit die Höhe der bisher in die Gebührenkalkulationen einfließenden kalkulatorischen Eigenkapitalzinssätze thematisiert.

Es ist davon auszugehen, dass diese Neuregelungen in Kürze erfolgen werden und das neue Gesetz kurzfristig verabschiedet wird, so dass die neue Rechtslage dann bereits hoffentlich bei der Gebührenkalkulation für 2023 Anwendung finden könnte. In jedem Fall werden wir aber dafür Sorge tragen, dass die vorgesehenen Entlastungen allen Gebührenpflichtigen frühestmöglich zugutekommen.

Finanzplan

Im Finanzplan 2023 sind Investitionen in einem Gesamtvolumen von 34 Mio. € veranschlagt, davon

- 8,0 Mio. € für den Grunderwerb künftiger Wohnbau- und Gewerbegrundstücke sowie die Vorhaltung landwirtschaftlicher Tausch- und Entwicklungsflächen,
- 19,3 Mio. € für Baumaßnahmen in den Bereichen Hoch- und Tiefbau und
- 4,3 Mio. € für den Erwerb und die Erneuerung von Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeugen.

Ergänzend sind **Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von 25,4 Mio. €** veranschlagt, um in 2023 bereits Aufträge vergeben zu können, die dann in den Folgejahren kassenwirksam werden. Insgesamt können damit im kommenden Jahr Aufträge bis zu 59,4 Mio. € vergeben werden. Sie sehen: Oelde hat sich für das kommende Jahr viel vorgenommen.

Dabei werden wir nicht alles aus den laufenden Einnahmen finanzieren können, was aber unter Beachtung der goldenen Bilanzregel, langfristiges Anlagevermögen auch langfristig zu finanzieren, durchaus vertretbar ist.

Der Haushaltsplan sieht daher die Ermächtigung vor, zur Finanzierung dieser geplanten Investitionen Kredite bis zu einer Gesamthöhe von 25,5 Mio. € aufnehmen zu dürfen. Wir bewegen uns hinsichtlich der Kreditermächtigung damit zwar auf einem niedrigeren Niveau als im gegenwärtigen Haushaltsjahr, aber bei tatsächlicher Inanspruchnahme bringen diese Kredite auch immer Zinsbelastungen für kommende Jahre mit sich.

Ich bin zuversichtlich, dass diese zunächst finanzmathematisch als Finanzierungssaldo zwischen Einzahlungen und Auszahlungen auszuweisende Kreditermächtigung im Verlauf der tatsächlichen Haushaltsausführung 2023 erneut nicht in Gänze ausgeschöpft werden muss. Ganz ohne Neuverschuldung werden wir aber auch bei optimaler Haushaltsausführung im kommenden Jahr, angesichts des vorgesehenen großen Investitionsumfanges, vermutlich nicht auskommen.

Ich halte dies wie gesagt aber dennoch für vertretbar. Denn wir finanzieren damit ausschließlich sehr langlebige Investitionen in unsere Infrastruktur. Daher bin ich bereit, hierfür Kredite aufzunehmen, die dann in den nachfolgenden Jahren von den Nutzerinnen und Nutzern generationengerecht zurückgezahlt werden. Würden wir dagegen aus Rücksicht auf die aktuellen wirtschaftlichen Unsicherheiten wichtige Neuinvestitionen mehrere Jahre zurückstellen und damit in die Zeit schieben, würde ein wahrnehmbarer Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur – sei es im Bereich der Schulsanierungen, OGS-Erweiterungen, der Stadtbücherei, der Sportanlagen oder Wohn- und Gewerbegebietserweiterungen – drohen, der der weiteren Stadtentwicklung eher schaden als nutzen würde.

Da das gegenwärtige Zinsniveau anders als noch in Vorjahren weiter ansteigt und für Kommunalkredite aktuell Zinsen zwischen 2 und 3 % durchaus wieder marktüblich sind, werden die Zinslasten notwendiger Kreditaufnahmen künftige Haushalte mehr als in der Vergangenheit wieder vorbelasten.

Aber die Zinslasten sind aktuell immer noch niedriger als die jährlichen Baukostensteigerungen. Ein Aufschieben auf künftige Jahre würde daher lediglich zu einem Investitionsstau mit hohem Nachholbedarf bei gleichzeitig weiter steigenden Realisierungskosten führen, aber gesamtwirtschaftlich betrachtet keine wirtschaftliche Entlastung künftiger Generationen bedeuten. Gegen die inflationär stark steigenden Baukosten kann leider auch bei einem zeitlichen Verschieben der Maßnahme nicht der notwendige Investitionsbedarf „angespart“ werden.

Gleichzeitig werden aber natürlich auch die städtischen Altschulden weiter abgetragen. 2023 ist eine reguläre Tilgung von rund 1,8 Mio.€ im Haushaltsplan vorgesehen. Weiterhin läuft die Zinsbindung für ein bisher hochverzinstes Altdarlehen über 3,2 Mio. € Restschuld in 2023 aus. Von der Sondertilgungsmöglichkeit würden wir dann Gebrauch machen wollen, wenn es von den Förderbanken für einige unserer Investitionsvorhaben Zinskonditionen geben sollte, die unter denen des allgemeinen Kreditmarktes liegen. Wir werden versuchen, hier zumindest Teiltilgungen vorzunehmen und für die verbleibende Restschuld eine neue Annuität auf Basis eines möglichst noch unter dem bisherigen Zinssatz liegenden, neu festgeschriebenen Folgezinses zu vereinbaren. Mit dieser Veranschlagung folgt der Planentwurf einem vor rund 3 Jahren auf Antrag der FDP-Fraktion getroffenen Ratsbeschlusses und setzt den nachhaltigen und generationengerechten Weg der Rückführung von Altschulden der vergangenen Jahre weiter fort.

Was aber passiert, wenn man kommunale Infrastruktur beispielsweise in Schulen über Jahre vernachlässigt, kennt auch die Stadt Oelde leidvoll aus der Vergangenheit. Es hat große Anstrengungen bedurft, hier die Versäumnisse wieder aufzuholen. Und diesen Fehler sollte die Stadt trotz aller gegenwärtigen Belastungen bei ihrer Straßen- und Abwasserinfrastruktur oder ihren Sportanlagen nicht wiederholen. Diese Versäumnisse holen uns ganz aktuell auch bei der Abwasserbeseitigung ein, sowohl bei der Kläranlage als auch beim Kanalnetz.

Aber auch hier sind wir am Ball und Sie haben bereits wichtige Weichen gestellt. Die Gründung eines Eigenbetriebes befindet sich in der Prüfung und umfangreiche Untersuchungsergebnisse bezogen auf die Kläranlage wurden im letzten

Planungsausschuss vorgestellt. Auch dieses komplexe Thema wird derzeit bearbeitet und wir stellen diesen enorm wichtigen Infrastrukturbereich zukunftsfähig neu auf.

II. Ertragsseite – insbesondere Steuerentwicklungen

Betrachten wir nun zunächst die Ertragsseite des kommenden Haushalts. Auf der Ertragsseite erwarten wir Verbesserungen von rund 5,5 Mio. € gegenüber den laufenden Haushaltsansätzen. Insgesamt stehen 94,1 Mio. € an Erträgen zur Deckung der kommenden städtischen Aufwendungen zur Verfügung.

1. Entwicklung der Steuereinnahmen

Wichtigste Einnahmequelle sind weiterhin die Steuererträge, dabei in erster Linie die Gewerbesteuererwartung des kommenden Jahres in Höhe von 25,8 Mio. € und die der Stadt zufließenden Anteile aus der Einkommensteuer (+ 1,6 Mio. €) und Umsatzsteuer (+ 200 T€).

Nach wie vor ist es vor allem die Unternehmerlandschaft hier in Oelde, die über Jahre hinweg die verlässlichste Finanzierungssäule darstellt. Die Anstrengungen im Bereich der Stärkung des Wirtschaftsstandortes, die wir in den letzten beiden Jahren intensiv betrieben haben und weiter ausbauen wollen, haben deshalb zu Recht hohe Priorität.

Nicht alle Maßnahmen sind dabei aus dem Haushalt ablesbar, aber viele der positiven Ergebnisse der letzten Jahre tragen einen hohen Anteil „Stadt Oelde“ in sich. Und diesen Weg möchte ich noch breiter aufgestellt weiter beschreiten.

Trotz aller Widrigkeiten und Herausforderungen hat sich die heimische Wirtschaft in Oelde weiterhin solide entwickelt und auch während der Pandemiezeit trotz aller Beschränkungen in vielen Bereichen weiterhin spürbare Gewinne eingefahren. Vielfach erfolgt aktuell die steuerliche Schlussabrechnung des Geschäftsjahres 2020. Es gibt als Folge im laufenden Jahr 2022 ein Rekordhoch der Gewerbesteuerzahlungen für frühere Geschäftsjahre, vor allem für das Jahr 2020. Hieraus bedingt sind Mehreinnahmen von rund 6,5 Mio. € zu verzeichnen.

Hinzu kommen weiterhin stabile Gewerbesteuervorauszahlungen für das laufende Jahr auf hohem Niveau von knapp 23 Mio. €, so dass der noch ausstehende Jahresabschluss 2021 voraussichtlich erneut einen Jahresüberschuss ausweist.

Aufsummiert erwartet die Stadt damit für 2022 Gewerbesteuererträge von insgesamt über 29 Mio. €. Damit befinden wir uns wieder auf Vor-Corona-Niveau.

Aber ob dieses hohe Gesamtniveau sich angesichts der bereits mehrfach angesprochenen inflationären Preisanstiege auch in 2023 wiederholt erzielen lässt, erscheint fragwürdig. Zum einen stellen die pandemiebedingten Steuernachzahlungen für 2020 nur einen Einmaleffekt dar, zum anderen unterliegen die Gewinnaussichten der heimischen Wirtschaft 2023 stärker als in den Vorjahren den dargestellten wirtschaftlichen Risikofaktoren und Inflationsbelastungen. Deutschland steckt derzeit in einer nie dagewesenen Spirale von Preissteigerungen, insbesondere bei Tarifabschlüssen, Materialbeschaffungskosten und bei den Kosten für Energie. Das bremst die Investitionsbereitschaft, aber auch die Gewinnerwartungen zahlreicher Unternehmen. Daher erschien es nicht sachgerecht, die hohen Gewerbesteuererträge aus 2022 vollumfänglich in das kommende Jahr und die mittelfristige Finanzplanung fortzuschreiben. Wir haben daher im Haushaltsplan 2023 eine gegenüber dem aktuellen Jahr reduzierte Gewerbesteuererwartung von „lediglich“ 25,8 Mio. € zugrunde gelegt. Das entspricht dem langjährigen gemittelten Durchschnittswert dieser Steuer und beinhaltet einen Risikoabschlag gegenüber dem laufenden Jahr von gut 14 %. Damit liegt der neue Gewerbesteueransatz als Folge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Unsicherheiten vorsorglich auf einem mit dem Rechnungsergebnis 2021 vergleichbaren Niveau. Letztendlich wird die tatsächliche weitere Entwicklung zeigen, ob unsere Prognoseannahmen hier zutreffen oder im besten Fall erneut übertroffen werden.

Im Planentwurf für 2023 geht die Stadt Oelde somit von einer immer noch erfreulichen Gewerbesteuerertragserwartung in Höhe von 25,8 Mio. € aus.

Bei der Umsatzsteuer erwarten wir – auch durch inflationsbedingt gestiegene Handelsumsätze bei Treibstoff und einigen Konsumgütern – ein Plus von 200 T€ auf 3,3 Mio. €.

Beim Anteil an der Einkommensteuer ist ein Plus von 1,6 Mio. €, auf 18 Mio. € im Planentwurf etatisiert. Dabei haben wir uns mangels aktuellerer Daten an der Mai-Steuerschätzung 2022 orientiert. Derzeit fehlen noch die aktuellen Orientierungsdaten und Steuermodellrechnungen des Landes. Es ist daher noch die November-Steuerschätzung und ihre Regionalisierung abzuwarten. Leider ist die aktuelle Wirtschaftsentwicklung äußerst dynamisch. Beispielsweise könnten derzeit diskutierte höhere Steuerfreibeträge den Anstieg der Einkommen und damit der Einkommensteuererträge als Folge anstehender Tarifabschlüsse noch dämpfen.

2. Erträge aus dem Verkauf von Bau- und Gewerbegrundstücken

Fest steht auch, dass wir in den kommenden Jahren die Früchte aus unseren laufenden und den noch bevorstehenden Erschließungsmaßnahmen neuer Wohnbau- und Gewerbegebiete ernten werden. Einen wesentlichen Finanzierungsbeitrag zu unserem Haushalt leisten im kommenden Jahr die Verkaufserlöse von Gewerbegrundstücken im Erweiterungsbereich des Gewerbegebietes A2. Es ist nun absehbar, dass sich dort auch die Fa. Rottendorf ansiedeln wird.

Die Vermarktung der Grundstücke im Baugebiet in Sünninghausen verläuft zwar aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Unsicherheiten zurückhaltender als erwartet, aber es kommt regelmäßig zu entsprechenden Vertragsabschlüssen. Ab 2024 steht dann der Verkaufsstart von Baugrundstücken im neu zu erschließenden Baugebiet Weitkamp II an. Hier gibt es immer noch eine beachtliche Nachfrageliste. Die uns bereits bekannten Interessenten werden in Kürze zu ihren aktuellen Kaufabsichten befragt.

3. Weiterhin keine Schlüsselzuweisungen

Die gestiegenen Steuererträge der Stadt gehen leider auch einher mit nachteiligen Folgewirkungen: Zum einen wird Oelde auch weiterhin keine Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten – wir müssen daher erneut all unsere Aufwendungen und Investitionen überwiegend selber stemmen. Insoweit gilt Oelde weiterhin als

„steuerstark“. Als Folge davon gehen wir bei zahlreichen Förderprogrammen weiterhin leer aus oder erhalten nur den niedrigsten Fördersatz.

III. Aufwandsseite

1. Steigende Gewerbesteuerumlage

Unvermeidbares Ergebnis einer gestiegenen Steuerkraft ist die sich daraus ergebende **Erhöhung der abzuführenden Gewerbesteuerumlage**. Hier sind nunmehr 2,2 Mio. € zu veranschlagen, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Plus von rund 300 T€. Allerdings nehmen wir das gerne in Kauf, zeigt es doch, wie stark unsere heimische Wirtschaft ist. Dennoch finde ich es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die genannten Gewerbesteuererträge nicht zu 100 % bei der Stadt verbleiben und es sich somit eher um „Bruttoerträge“ handelt, die es noch zu bereinigen gilt.

2. Anstieg der Kreisumlage

Auch die **steigende Zahllast bei der Kreisumlage** hinterlässt im kommenden Haushalt ihre Spuren. Statt bisher 15,9 Mio. € Kreisumlage sind in 2023 nun voraussichtlich 16,13 Mio. € an den Kreis zu entrichten. Das entspricht einer Mehrbelastung von rund 220 T€ gegenüber dem Vorjahr. Der Kreisumlagehebesatz soll von 30,2 auf 30,8 Punkte angehoben werden.

Es gibt drei wesentliche Ursachen für den Anstieg der von Oelde 2023 zu zahlenden Kreisumlage:

- Die gestiegene Steuerkraft der Stadt Oelde, insbesondere die überplanmäßigen Gewerbesteuererträge in dem maßgebenden Steuerreferenzzeitraum vom 01.07.2021 bis zum 30.06.2022, führen mit zeitlicher Verzögerung in 2023 zu einer Mehrbelastung bei der Kreisumlage. Es handelt sich hierbei um einen „Mitnahmeeffekt“ zugunsten des Kreishaushaltes, wobei die gestiegene

Steuerkraft mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung von rund einem Jahr über die Kreisumlage wieder abschöpft wird.

- Daneben sind aber auch Mehrbedarfe des Kreises ursächlich für den spürbaren Anstieg der Kreisumlage. Vor allem führen gestiegene Energiepreise und steigende Aufwendungen im Bereich des Jobcenters zu einem über die Kreisumlage zu refinanzierenden Mehrbedarf gegenüber dem Vorjahr von 7,5 Mio. €. Mit der geplanten Einführung des Bürgergeldes würde die kommunale Belastung durch Anhebung der Leistungen und Vermögensfreigrenzen sogar noch spürbar steigen. Ein bisher nicht berücksichtigtes Haushaltsrisiko. Hier erwarte ich, dass der Bund angekündigte Leistungsverbesserungen und Reformen nicht zu Lasten der Kommunen umsetzt, sondern die finanziellen Folgelasten trägt. Ebenso ergibt sich ein Mehrbedarf von 5 Millionen € im Bereich des Kreissozialamtes, u. a. durch höhere Aufwendungen im Bereich des SGB XII und bei der Krankenhilfe. Insgesamt müssen die kreisangehörigen Kommunen im kommenden Jahr rund 149 Mio. € Kreisumlage an den Kreis zahlen. Dies sind 13,6 Mio. € oder 9,1 % mehr als im Vorjahr.
- Am spürbarsten führt der Finanzmehrbedarf des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bei den Kreisen zu entsprechenden Haushaltsmehrbelastungen. Der Kreis wiederum refinanziert dies über die geplante Erhöhung der Kreisumlage. Sollten sich hier im Rahmen der Etatberatungen des LWL noch Entlastungen ergeben, erwartet der kreisangehörige Raum, dass diese an die Kommunen weitergeleitet werden und somit die Kreisumlage noch ein wenig gesenkt werden kann. Soweit Sie, verehrte Ratsmitglieder, auch im Kreistag vertreten sind, setzen Sie sich bitte dort für ein solches kommunalfreundliches Verhalten ein.

In der Summe sind damit fast 18,5 Mio. € oder 72 % der erwarteten Gewerbesteuererinnahmen unserer Stadt als Transferaufwendungen wieder direkt an Kreis, Land und Bund weiterzuleiten und stehen somit für eigene kommunale Projektideen nicht zur Verfügung. Deshalb ist auch bei hohen Steuereinnahmen der tatsächlich verbleibende finanzielle Spielraum der Stadt nicht so groß, wie es auf den ersten Blick scheinen mag.

3. Personalentwicklung

Zum Thema Personal habe ich bereits einige Ausführungen gemacht. Alle Projekte des Haushaltsplanentwurfes sind nur dann zeitnah umsetzbar, wenn sie personell leistbar sind. Hierfür braucht es ein Stadtverwaltungs-Team, das fachkundig ausgebildet ist und professionell und kompetent mit den Herausforderungen der Zukunft umgehen kann. Aufgabenzuwächse, die überwiegend von Bund oder Land den Kommunen auferlegt werden, aber auch gestiegene Anforderungen erfordern hier mitunter weiteren Stellenzuwachs.

In der Summe betragen die laufenden Personalaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 rund 22,7 Mio. € und steigen damit gegenüber dem Vorjahr um rund 1,75 Mio. € oder 8,35 % an.

Davon entfallen 466 T€ oder etwa 2,22 % auf zu erwartende Tariflohn- und Besoldungserhöhungen. Weitere Mehrbedarfe ergeben sich aus der inzwischen erfolgten Umsetzung aller in den vergangenen Jahren beschlossenen Personalaufstockungen. Beispielfhaft seien hier zu nennen: Schulsozialarbeit, Integration von Flüchtlingen, Ausweitungen im Bereich der IT oder der Ingenieurinnen und Ingenieure im Bereich der Stadtplanung, Bauordnung sowie in der Hoch- und Tiefbauabteilung. Hinzu kommen die geplanten Ausweitungen im Stellenplan 2023. Insgesamt ergeben sich hieraus Mehrbedarfe von 1,29 Mio. € im kommenden Jahr (+ 6,13 %).

Der Stellenplan sieht für 2023 eine Ausweitung um weitere 10,8 Stellen vor. Eine Größenordnung, die sich zum einen im Bereich des Jugendamtes aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben zum Kinder- und Jugendschutz ergibt. Hier sind insgesamt zwei neue Stellen, bspw. die Stelle einer Jugendschutzfachkraft, neu einzurichten. Der finanzielle Aufwand für diese gesetzlich vorgeschriebene Stelle wird auf Grundlage des Konnexitätsprinzips zum Glück vom Land zurzeit auch angemessen refinanziert. Eine Verstärkung halte ich zudem im Bereich des Baubetriebshofes für dringend erforderlich. Um den steigenden Anforderungen und Erwartungen unserer Bürgerinnen und Bürger insbesondere auch in Bezug auf die Sauberkeit unserer Stadt gerecht werden zu können, muss der Baubetriebshof in die Lage versetzt werden, diese Dienstleistungen auch erfüllen zu können.

Damit einher geht die Beschaffung einer Reinigungsmaschine, um flexibel und handlungsfähig auf Situationen reagieren zu können, wie ich sie allein in meiner Amtszeit schon vielfach erlebt habe.

Einige der oben genannten Stellen wurden bereits per Ratsbeschluss vorab geschaffen, werden der Vollständigkeit halber aber ebenfalls erwähnt.

- 2 Stellen Stadtreinigung Baubetriebshof
- 2 Stellen im Bereich Jugendamt (Jugendschutz)
- 2,5 Stellen für die Baumaßnahme multifunktionale Dreifachsporthalle (1 x Hochbauingenieur*in, 1 x Bauzeichner*in, 0,5 x Vergabestelle)
- 2 Stellen im Tiefbaubereich, davon eine Ingenieursstelle Tiefbau
- 1,31 weitere Stellen für Hausmeisterdienste an Schulen, für die Betreuung der Flüchtlingsunterkünfte und aufgrund des Handwerker mangels zur Wartung und Unterhaltung der zahlreichen elektrotechnischen Anlagen und Geräte in städtischen Gebäuden
- 0,5 Stellen für die Stärkung der Wirtschaftsförderung vor Ort und
- 0,5 Stellen für die Koordinierung Wohnraumversorgung

Darüber hinaus soll bedarfsgerecht das Stundenkontingent der Gleichstellung um 0,1 Stellenanteile aufgestockt werden.

4. Inflationsbedingte Steigerungen des Sachaufwandes

In allen Produktbereichen sind Steigerungen durch gestiegene Beschaffungskosten zu verzeichnen.

Beispielhaft möchte ich hier nur den Anstieg der Schülerbeförderungskosten um über 10 % auf nunmehr 800 T€ oder die bereits erwähnten Steigerungen bei der Abfallentsorgung von über 500 T€ nennen.

Im Jugendamtsetat entstehen Mehraufwendungen von über 1,75 Mio. €, die nur zu einem geringen Anteil von 250 T€ durch Mehrerträge gedeckt werden können. Im

Jugendamtsbereich kommt es daher insgesamt zu einem gegenüber dem Vorjahr um fast 1,5 Mio. € höheren Defizit. Aktuell beträgt dort die Unterdeckung 13,4 Mio. € bei einem Gesamtvolumen des Jugendamtsetats von 23,6 Mio. €.

Gründe für den Anstieg sind:

- die steigende Zahl notwendiger Heimunterbringungen, auch für unbegleitete minderjährige Geflüchtete, u. a. im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und
- die weiter steigenden Bedarfe nach einer Betreuung von Kindern unter drei Jahren und die damit verbundene Notwendigkeit, weitere Plätze in der Kindertagespflege zu schaffen. Alleine hierfür werden zusätzliche 520 T€ benötigt.

VI. Haushaltsschwerpunkte 2023:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Schwerpunktt Themen des städtischen Engagements im kommenden Jahr werden erneut sein:

- Kinderbetreuung, Schule und Bildung
- Digitalisierung
- Verbesserung der Freizeit- und Sportangebote
- Baulandentwicklung, Wohnen und Gewerbe
- Investitionen in die Infrastruktur.

1. Kinderbetreuung, Schule und Bildung:

Das Ausstattungsniveau unserer Schulen und Kindergärten befindet sich auf einem enorm hohen Niveau und ist ein wichtiger Standortfaktor für unsere Stadt.

Für Eltern wie für ihre Kinder ist die bedarfsgerechte Versorgung mit Kinderbetreuungsangeboten unerlässliches Ziel. Der Erweiterungsanbau am Lambertuskindergarten in Stromberg ist fertiggestellt. Ebenso wird der Neubau des 5 Gruppen umfassenden kirchlichen Kindergartens in Lette in Kürze vollendet. Damit wird das Platzangebot vor allem in den Ortsteilen bedarfsgerecht erweitert. Mit dem Thema des Neubaus der städtischen Einrichtung Langstrümpfe sind wir derzeit befasst und den neuen Standort gilt es noch politisch festzulegen.

An den bisherigen Standorten dieser Tageseinrichtung im ehemaligen Schwesternwohnheim des Krankenhauses bzw. an der Albrecht-Dürer-Straße werden dann im Anschluss weitere wichtige Stadtentwicklungsprojekte des Quartierswohnens bzw. zugunsten der weiteren Krankenhausentwicklung ermöglicht.

Neben der Neuschaffung von Kita-Plätzen wird aber auch in die vorhandenen Kindergärten investiert. Für die Sanierung von Gruppenräumen in unseren kommunalen Kindergärten sind Finanzmittel etatisiert. Ebenso für Verbesserungen an den Rettungswegen in der Kita „Sprösslinge“.

Das städtische Engagement setzt sich im Grundschulbereich fort. Das Betreuungsplatzangebot der offenen Ganztagsgrundschulen werden wir bedarfsgerecht und entsprechend der heutigen pädagogischen Anforderungen ausbauen. Trotz zeitlicher Verzögerungen, Handwerker- und Materialengpässen können die OGS-Erweiterungen in Lette und an der Lambertusschule Stromberg nun abgeschlossen werden. An der Grundschule in Stromberg soll 2023 auch endlich die erforderliche Dachsanierung an Turnhalle und Umkleiden zur Sporthalle bzw. zum Lehrschwimmbecken angegangen werden. Insgesamt sind hier im Etat 345 T€ für laufende Sanierungsmaßnahmen und weitere 200 T€ für die Wiederherstellung des Verbindungsgangs zwischen Hauptgebäude und OGS-Trakt vorgesehen. Ferner noch 50 T€ für erforderliche Möblierungen in Klassenräumen und dem Lehrerbereich.

Die aufgrund stark steigender Nachfrage dringend notwendige Erweiterung des OGS-Bereiches an der Albert-Schweitzer-Schule wird nun nach ersten Planüberlegungen konkreter. Die erforderlichen Mittel von geschätzt 2,65 Mio. € sind ab 2023 nun im vorgelegten Planentwurf eingestellt. Wir möchten hier in Oelde nicht erst auf den 2026

in Kraft tretenden gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz warten, sondern sehen uns bereits heute in der Verpflichtung, auf für Eltern ein bedarfsgerechtes OGS-Betreuungs-Angebot für deren Kinder unterbreiten zu können.

Weiterer Schwerpunkt des kommenden Jahres im Grundschulbereich sind Brandschutz und Sanierungsarbeiten sowie Teilerneuerungen der Beleuchtung samt Umstellung auf LED an der Edith-Stein-Schule. Hierfür sind 398 T€ im Gebäudeunterhaltungsetat vorgesehen.

Auch an der Gesamtschule werden die Sanierungsarbeiten zum Abschluss gebracht werden; das seit langem fehlende Pausendach am Unterstufengebäude soll nun endlich wiederhergestellt werden, 75 T€ sind hierfür etatisiert; ebenso soll in Höhe von 560 T€ die Sanierung der Turnhalle an der Bultstraße nun in Angriff genommen werden, nachdem die Arbeiten im laufenden Jahr ausgesetzt werden mussten, weil sich kein Handwerker für die Lieferung und Installation der notwendigen Deckenstrahlheizung fand. Für 125 T€ sollen ferner Flurbereiche im Unterstufengebäude renoviert werden. Ebenso soll am Mittagszentrum die Imprägnierung der Fassade zum verbesserten Witterungsschutz fortgesetzt werden. Insgesamt werden wir nochmals über 800 T€ an der Gesamtschule investieren.

Am Gymnasium sind nun sämtliche Außengelände rund um die Gebäude II und III fertiggestellt. Die Sanierung der Schulaula wird jedoch noch einmal geschoben werden müssen und ist daher kapazitätsbedingt erst ab 2025 im Etat eingeplant.

2. Digitalisierung

Spätestens die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine umfassende zeitgemäße Digitalausstattung aller Schulen heute ist. Besonders erwähnen möchte ich, dass wir im kommenden Jahr die flächendeckende Ausstattung aller Grundschulklassen mit modernster digitaler Präsentationstechnik und Erneuerung zahlreicher Wandtafeln fortsetzen werden. 369 T€ sind hierfür vorgesehen, erfreulicherweise zu 90 % finanziert aus Fördermitteln des Digitalpakts. Schnelle WLAN-Versorgung und Breitbandanschlüsse sowie die Schulsoftware lässt sich die Stadt im kommenden Jahr nochmals 85 T€ kosten, aus Eigenmitteln kommen weitere 123 T€ für weitere IT-

Hardware an den Schulen hinzu. Beispielsweise sind für das Unterstufengebäude der Gesamtschule sowie den Technikunterrichtsraum am TMG je ein Laptop-Wagen eingeplant. Ebenso werden für 32 T€ Tablets für die Schülernutzung während des Unterrichts und in Klausuren neu beschafft.

Mittel für die notwendige Ausstattung von Fach- und Technikräumen an den Schulen sind ebenfalls für die mit den Schulen vorabgestimmten Maßnahmen etatisiert.

3. Sport und Freizeit

Die Attraktivität einer Stadt hängt aber nicht nur vom schulischen Angebot ab, sondern ebenso entscheidend von der Qualität der örtlichen Freizeit- und Sportangebote. Im Planentwurf stehen aktuell 3,25 Mio. € für einen Neubau des Sanitär- und Umkleidegebäudes im Jahnstadion bereit. Fördermittel bis zu 1,4 Mio. € sind in Aussicht gestellt und entsprechend etatisiert. Insgesamt verbleibt aber ein üppiger Eigenanteil, den die Stadt auch bei diesem Projekt zu stemmen hat. Da aufgrund von Vorgaben des Fördergebers aber zunächst nochmals Anpassungen der Gebäudeplanung erforderlich sind und die vorhandenen Wohnhäuser am Standort derzeit zwingend für die Unterbringung der Flüchtlinge benötigt werden, wird sich die Projektrealisierung zeitlich noch ein wenig verzögern und kann voraussichtlich erst ab 2024 in die Bauphase starten. Die genauen Bauvolumina und damit Finanzbedarfe sind abhängig von der mit dem Fördergeber noch abzustimmenden endgültigen Gebäudegestaltung. Hier werden wir spätestens zu den Haushaltsberatungen für 2024 noch Ansatzkorrekturen vornehmen müssen. Die Umsetzung des Projektes steht aber völlig außer Zweifel.

Über die vorgesehene Sanierung auch der Turnhalle „Bultstraße“ an der Gesamtschule hatte ich soeben schon berichtet.

Weiterhin ist im Wege der Neuveranschlagung ein Zuschussbetrag von 350 T€ an den Sportverein SG Germania Stromberg für den Neubau des Kabinentrakts auf dem Stromberger Sportplatz vorgesehen. Bisher fehlen noch die vom Verein

vorzulegenden und mit der Stadt abzustimmenden Detailplanungen für dieses Projekt. Daher werden auch hier nach Vorlage der Unterlagen durch den Sportverein im Laufe des Jahres 2023 die Projektplanungen und Zuschussbedarfe noch mal der politischen Erörterung und Anpassung bedürfen.

Nachdem 2021 bereits das geeignete Baugrundstück erworben und freigelegt werden konnte, steht im kommenden Jahr ferner die Detailplanung, Ausschreibung und hoffentlich auch der Spatenstich des sicherlich größten und bedeutendsten Neubauprojekts der letzten Jahre in der Stadt Oelde an: der Neubau einer multifunktionalen Dreifachsporthalle an der Ecke Wiedenbrücker Straße / Zur Axt. In Planung und Grundstückserwerb wurden bisher bereits 3,2 Mio. € investiert. Die vorgesehene Vergabe an einen Generalunternehmer konnte infolge inflationsbedingt zu hoher Preissteigerungen in 2022 leider nicht erfolgen. Nun soll eine Vergabe in Einzellosen erfolgen. Weitere Fachplanungs- und Baukosten in Höhe von 18,6 Mio. € sind nun für die Jahre 2023 bis 2025 bereitgestellt.

Ebenso können endlich die vorgesehenen Dirtbike- und Parcours-Anlagen realisiert werden. Aber nicht nur die Sportanlagen begründen den hohen Freizeitwert der Stadt Oelde. Auch der Vier-Jahreszeiten-Park ist Aushängeschild für den hohen Freizeit- und Erholungswert der Stadt Oelde. Und damit dies so bleibt, arbeitet Forum Oelde stets an dessen Fortentwicklung. 2023 soll mit der Erweiterung des Betriebshofes auf dem Parkgelände begonnen werden. Das schafft nicht nur neuen dringend benötigten Lagerraum, sondern auch eine attraktive, zentral gelegene weitere Toilettenanlage für die Parkbesucherinnen und -besucher sowie zusätzlich benötigten Büroraum für die Beschäftigten. Hier steht die Investitionsentscheidung mit Blick auf die heutige Tagesordnung unmittelbar bevor. Der Haushaltsplanentwurf berücksichtigt die bisher bekannten Finanzbedarfe zur Sicherstellung der Projektrealisierung. Ferner wird das Kindermuseum weiter konzeptionell überarbeitet und die Ausstellungen dort erneuert.

Insgesamt ist im kommenden Haushalt ein städtischer Investitionszuschuss an den Eigenbetrieb Forum in Höhe von 1,1 Mio. € vorgesehen. Der laufende Betriebskostenzuschuss an Forum kann im kommenden Jahr mit 1,7 Mio. € nochmals konstant bleiben.

Der Haushalt sieht darüber hinaus die Errichtung einer behindertengerechten Toilettenanlage in der Innenstadt vor, was sicher auch zur weiteren Attraktivierung unserer Innenstadt beiträgt und diese zusätzlich aufwertet.

4. Baulandentwicklung, Wohnen und Gewerbe:

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gehört zu den zentralsten Aufgabenfeldern der weiteren kommunalen Entwicklung von Oelde. Diesbezügliche Ausführungen finden Sie bereits zu Beginn meiner Rede gehört.

Wohnraum ist zu einem knappen und leider auch teuren Gut geworden. Die Stadt wird hier nicht nur wie ausgeführt Stellenanteile zur Begleitung privater Investitionsvorhaben in den sozialen Wohnungsbau schaffen, sondern auch durch Bereitstellung von Wohnbauflächen gezielt das Angebot verbessern.

Der Erwerb der für eine solche Stadtentwicklung geeigneten Grundstücke stößt jedoch an seine Grenzen. Flächen sind kaum noch verfügbar, die Bodenpreise für das von der Stadt einzukaufende Bauerwartungsland steigen sprunghaft, ebenso die notwendigen Baulanderschließungskosten. Grunderwerb gelingt häufig zudem nur noch, wenn die Stadt den Landwirten attraktive Tauschflächen anbieten kann. Deshalb ist hier auch der Erwerb geeigneter landwirtschaftlicher Tauschflächen durch entsprechende Haushaltsansätze sicherzustellen.

Im kommenden Haushalt sind für den Grunderwerb zur Realisierung einer angemessenen weiteren Wohn- und Gewerbegebietsentwicklung insgesamt 8 Mio. € vorgesehen. Oelde schafft hierdurch weitere Möglichkeiten der Stadtentwicklung. Davon entfallen rund 4 Mio. € auf künftige Wohnbaulandflächen, 2,3 Mio. € auf den Ankauf künftiger Gewerbegebietsflächen und rund 1 Mio. € auf die Vorhaltung landwirtschaftlicher Flächen für künftige Entwicklungen oder Flächentausche.

2023 sollen die Erschließung der Gewerbegebietserweiterung an der A2 sowie die Wohngebietserschließung für das Gebiet Weitkamp II starten. Im Folgejahr werden dann die neuen Baugebiete in Stromberg und Lette erschlossen.

5. Investitionen in Infrastruktur

Eine solide und den Bedürfnissen angemessene Infrastruktur bleibt eine der Kernaufgaben kommunaler Arbeit. Vor allem Investitionen in den Abwasserbereich sind oft nicht sichtbar, aber dennoch für alle Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar. Wie wichtig funktionierende Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind, dies erleben wird gerade angesichts der aktuellen Vorsorgeüberlegungen im Zusammenhang mit der Energiemangellage. Kläranlagen oder Pumpwerke müssen jederzeit funktionieren, selbst bei Stromausfall.

Die in 2023 etatisierten Investitionen in die Erneuerung des Kanalnetzes, die Wohn- und Gewerbegebieterschließung oder in Straßenerneuerungen beinhalten ausnahmslos bereits aus den Vorjahren bekannte Projekte, die bisher nicht umgesetzt werden konnten. Nun sollen sie aber realisiert werden. Alle bekannten Maßnahmen sind aufgrund der aktuellen hohen Baukostenpreissteigerungen nachkalkuliert worden, die Haushaltsmittel wurden den aktualisierten Kostenschätzungen angepasst. Hinzugekommen ist lediglich der bedingt durch den Neubau der Pumpstation in Lette notwendige Abwasserkanal im Lönsweg vom bisherigen Einspeisepunkt hin zum neuen Einspeisepunkt in die neue Abwasserdruckrohrleitung nach Oelde.

Im Bereich der Kläranlage und der Pumpwerke sind aufgrund des Alters der Anlagen von teils über 50 Jahren nunmehr verstärkt größere Elemente der Maschinen- und Anlagentechnik und der Elektrik zwingend zu erneuern oder auszutauschen.

Für 2023 sind alleine 4,8 Mio. € im Bereich Abwasserbeseitigung und Straßenentwässerung und weitere 4,5 Mio. € für Straßenbauprojekte etatisiert. Die Projekte sind bereits Gegenstand politischer Beratungen und Beschlussfassungen gewesen und Ihnen daher bereits bekannt. Von den zu realisierenden Projekten möchte ich an dieser Stelle hervorheben:

- den Bau des Kreisverkehrs Ecke Paulsburg/Ennigerloherstraße/Herrenstraße und nachfolgend die Umgestaltung der

- Herrenstraße
- Straßen- und Kanalerneuerung Ermländerweg/Pommernweg/Schlesierweg
- Straßen- und Kanalerneuerung Poststraße
- Straßen- und Kanalerneuerung Schmale Gasse

Fazit: Oelde auch 2023 gewinnbringend voranbringen

Es gäbe zahlreiche weitere Einzelprojekte oder Daueraufgaben, die erwähnenswert wären – dies würde aber den heutigen Rahmen sprengen. Abschließend bleibt festzuhalten, dass das ambitionierte Investitionsvolumen von 34 Mio. € im kommenden Jahr die Stadt aktiv voranbringen wird. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Stadt Oelde, insbesondere dem Kämmerer und dem Team der Kämmerei, dem Verwaltungsvorstand und vor allem bei Ihnen, verehrte Mitglieder des Rates, für die sehr konstruktive bisherige Zusammenarbeit und das uns entgegengebrachte Vertrauen im Jahr 2022 bedanken.

Ich wünsche uns nun intensive und zielführende Etatberatungen zum Wohle der Stadt Oelde und freue mich in den folgenden Wochen auf eine spannende Debatte mit Ihnen über die weitere Ausrichtung unserer Stadt und Schwerpunkte unserer Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.